

Die schwedische Reichstagswahl vom 14. September 2014: Regierungswechsel und Regierungskrise im Minderheitsparlamentarismus

Sven Jochem

Die Wahl zum schwedischen Reichstag am 14. September 2014 führte einerseits zu einem Regierungswechsel, andererseits bereiteten die Wahlergebnisse auch den Boden für eine Regierungskrise, in der deutlich wurde, vor welchen Herausforderungen der schwedische Minderheitsparlamentarismus steht, wenn es den rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) gelingt, sich längerfristig als Zünglein an der Waage im vom parteipolitischen Blockwettbewerb geprägten Reichstag zu positionieren.

1. Wahlkampf und Analyse des Wahlergebnisses

Im schwedischen Superwahljahr 2014, in dem neben den nationalen, regionalen und kommunalen Wahlen auch die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfanden, verlief der Wahlkampf zur Reichstagswahl eher schleppend. Seit Frühjahr 2012 kündigte sich in Meinungsumfragen an, dass die regierende bürgerliche Vier-Parteien-Allianz aus Konservativer Partei (M), Zentrumspartei (C), liberaler Volkspartei (FP) sowie Christdemokraten (KD) den Parteien im linken politischen Lager – Sozialdemokraten (S), Grüne Partei (MP) sowie Linkspartei (V) – unterlegen war.¹

Einig der hohe Anteil der unsicheren Wähler in den Umfragen und die seit Frühjahr 2013 zunehmenden Werte für die Schwedendemokraten stellten Unsicherheitsfaktoren für einen Regierungswechsel und die Bildung einer stabilen Regierung dar. Es erschien zudem lange fraglich, ob die Christdemokraten sowie die Zentrumspartei und auch die stetig in der Wählergunst wachsende Feministische Initiative (FI) den Sprung über die Vierprozenthürde schaffen würden.

Das Superwahljahr 2014 begann mit der Europawahl am 25. Mai für die regierende bürgerliche Allianz besorgniserregend. Während die Konservativen deutlich an Stimmen verloren (von 18,8 auf 13,7 Prozent), legten die SD (von 3,3 auf 9,7 Prozent), die Grüne Partei (von 11,0 auf 15,4 Prozent) sowie die Feministische Initiative (von 2,2 auf 5,5 Prozent) deutlich zu. Die Sozialdemokraten verharrten auf hohem Niveau bei 24 Prozent.² Insbesondere das schwache Abschneiden der Konservativen führte zu verstärkten Bemühungen innerhalb der Konservativen Partei sowie der bürgerlichen Allianz, das Profil der

1 Einen guten Überblick über alle von unterschiedlichen Meinungsforschungsinstituten durchgeführten Umfragen im Vorfeld der Wahl sind mit weiterführenden Links in schwedischer Sprache abrufbar unter: http://sv.wikipedia.org/wiki/Opinionsmätningar_inför_riksdagsvalet_i_Sverige_2014. Die langfristige Übersicht über die Entwicklung der öffentlichen Meinung, wie sie vom Meinungsforschungsinstitut Demoskop ermittelt wurde, ist in schwedischer Sprache erhältlich unter: <http://www.demoskop.se/wp-content/uploads/2013/02/20150204-Rullande-V%C3%A4ljarbarometer-from-okt-2006.pdf> (jeweils Abruf am 25. Februar 2015).

2 Die Wahlergebnisse sind der schwedischen Wahlbehörde entnommen: <http://www.val.se/val/ep2014/slutresultat/E/riks/index.html> (Abruf am 23. Februar 2015).

eigenen Regierungsarbeit zu schärfen und gleichzeitig die programmatischen Differenzen im linken Lager öffentlich zu thematisieren. Die Sozialdemokratie wurde von der Allianz gedrängt, klar Stellung zu beziehen, mit welchen Parteien sie die Regierungsgeschäfte im Falle eines Wahlsieges zu führen plane, worauf die Sozialdemokraten aber stets ausweichend reagierten. Ähnlich wie im Wahlkampf 2010 wurde ein starker Einfluss der Linkspartei, als Koalitionsmitglied oder als Mehrheitsbeschafferin einer möglichen rot-grünen Minderheitsregierung von den bürgerlichen Parteien als Bedrohung für das Land dargestellt.

Im inhaltlich unaufgeregten Wahlkampf war, wie schon in der Vergangenheit, die Schul- und Bildungspolitik wichtigstes Thema für die Wahlbevölkerung, gefolgt von dem Gesundheitswesen, der Wirtschaftslage sowie allgemeinen Fragen wohlfahrtsstaatlicher Politik.³ Mit der zunehmenden Gewissheit, dass die Schwedendemokraten ihren Wähleranteil steigern würden, kamen auch immer stärker Fragen der Integration und Zuwanderungspolitik in die Öffentlichkeit. Allerdings war die Wichtigkeit dieses Themas in der schwedischen Gesellschaft ungleich verteilt. Die Mehrzahl der Bürger stufte es als nicht zentral ein; allerdings gaben über 80 Prozent der Wechselwähler von der Konservativen Partei zur SD an, dass gerade die Einwanderungs- und Integrationsfrage der wichtigste Grund für den Parteiwechsel darstellte.⁴

Die Konservative Partei – wie auch alle anderen etablierten Parteien – lehnte vehement eine offene Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten wegen ihrer expliziten rechtspopulistischen Positionierung und ihren zum Teil rechtsextremen Wurzeln ab. In der Schlussphase des Wahlkampfes reagierte Ministerpräsident *Fredrik Reinfeldt* auf die zunehmend integrationsskeptische öffentliche Meinung, indem er die Schweden im August 2014 bat, ihre „Herzen zu öffnen“ für Zuwanderer und Flüchtlinge.⁵ Damit stellte er sich, die Konservative Partei sowie die gesamte Allianz explizit in die parlamentarische Mitte und gab den rechten Rand der schwedischen Bevölkerung für die Schwedendemokraten frei – eine Positionierung, die ihm nach der Wahlniederlage als großer Fehler des Wahlkampfes vorgehalten wurde.

Schweden besitzt eine der freizügigsten Einwanderungs- und Asylpolitiken in Europa. Bereits seit den 1990er Jahren – als Reaktion auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien – wurde die strikte Migrationspolitik reformiert und liberalisiert. Heute ist die schwedische Gesellschaft in religiöser und kultureller Hinsicht sehr bunt. Gleichwohl mehren sich in der Integrationspolitik Erschöpfungszustände – nicht zuletzt dramatisch sichtbar geworden bei den gewaltsamen Jugendkrawallen in Stockholm und anderen schwedischen Großstädten im Frühsommer 2013 –, die von den Schwedendemokraten geschickt in politische Unterstützung umgemünzt werden konnten.⁶

Die bürgerliche Allianz regierte seit der Wahl 2010 ohne parlamentarische Mehrheit. Unmittelbar danach hatte sie versucht, eine punktuelle Zusammenarbeit mit der Grünen Partei zu etablieren. Insbesondere im Bereich der Migrationspolitik konnten gemeinsame

3 Eine Übersicht über die jeweils wichtigsten Sachfragen für die Bevölkerung seit dem Wahlkampf 2002 wird vom Schwedischen Fernsehen (SVT) angeboten: <http://pejl.svt.se/val2014/valu-riksdag/viktigaste-fragor/> (Abruf am 26. Februar 2015).

4 Vgl. *Adam Cwejman* (Timbro), *Peter Santesson* (Demoskop), *Tidigare moderater är basen i SD: nya väljarkår*, in: DN vom 18. November 2014.

5 *Karin Eriksson*, *Arvet efter Reinfeldt*, in: DN vom 10. Januar 2015.

6 Vgl. *Silke Bigalke*, *Abschied vom Willkommensland*, in: SZ vom 9. Februar 2015, S. 8; *Rudolf Hermann*, *Schweden stösst an seine Grenzen*, in: NZZ vom 17. Februar 2015.

Entscheidungen parlamentarisch (auch mit Zustimmung der Sozialdemokraten) getroffen werden. Das gesamte Abstimmungsverhalten im Reichstag von 2010 bis 2013 zeigt allerdings eigentümliche Kooperationsmuster⁷: Während innerhalb der bürgerlichen Allianz vollkommene Einigkeit bei den parlamentarischen Abstimmungen herrschte – ein beeindruckendes Zeugnis hoher programmatischer und strategischer Kohärenz –, folgten die Schwedendemokraten ihr immerhin bei bis zu 80 Prozent der Abstimmungen. Die Grüne Partei hingegen unterstützte nach der schmerzlichen Wahlniederlage des rot-grünen Bündnisses im Jahr 2010 die Sozialdemokraten lediglich mit einer parlamentarischen Loyalitätsrate von circa 60 Prozent.⁸

Insofern regierte die Allianz von 2010 bis 2014 mit wechselnden Mehrheiten; gleichwohl zeigte sich bei wichtigen parlamentarischen Entscheidungen, wie verletzlich die Minderheitskoalition dann wurde, wenn die Oppositionsparteien geschlossen – also mit den Stimmen der SD – gegen sie votierten. Ein entscheidendes Ereignis offenbarte das Blockadepotenzial der Opposition im Oktober 2013. Gemeinsam mit den Schwedendemokraten blockierten die Parteien des linken Lagers die von der Regierung anvisierten Steuersenkungen für obere Einkommensschichten.⁹ Damit konnte sich die SD als Zünglein an der Waage profilieren. Und *Anna Kinberg Batra*, die spätere Parteivorsitzende der Konservativen Partei, wies bereits im Dezember 2012 auf den Umstand hin, dass Gesetzgebungsanträge der Allianz zwar mitunter auch von der SD unterstützt würden, dies träfe allerdings in einem noch größerem Umfang für Sozialdemokraten oder die Grüne Partei zu. Vielmehr sah sie aus den Abstimmungsdaten eine nur sehr geringe Kohärenz im linken Lager – und kritisierte die Sozialdemokraten, dass sie mit der SD (und der Linkspartei) vereinzelt Gesetzesinitiativen blockieren und somit der SD Einfluss gewähren würden.¹⁰

In der zweiten Wahlperiode der Allianz kam es aufgrund der unsicheren Mehrheiten im Reichstag zu keinen großen Strukturreformen¹¹, die Regierung verharnte im Status quo, und im Frühlingshaushalt 2014 steigerte die Koalition gar die Ausgaben für Arbeit und Soziales. Aufgrund ihrer schlechten Umfragewerte verlangsamte die Allianz schrittweise den Takt der Liberalisierungen und Privatisierungen – ein Kernziel ihrer ersten Regierungsperiode. Insbesondere die Privatisierungen im Schulbereich – vor allem nachdem 2014 auch

7 Die Daten basieren auf Auswertungen des parlamentarischen Abstimmungsverhaltens von *Anders Sundell*, Samarbetsmönster i riksdagsvoteringar 2002-2012, in: Politologerna-Blog, <https://politologerna.wordpress.com/2013/02/07/samarbetsmonster-i-riksdagsvoteringar-2002-2012/> (Abruf am 26. Februar 2015). Vgl. auch *Nils Westling*, Stödpartiet. En analys av hur sverigedemokraterna röstat i riksdagen, tiden rapport 1/2014; *Mats J Larsson*, Sverigedemokraterna väljer regeringen sida, in: DN vom 15. Januar 2014.

8 Die Interpretation der Daten des parlamentarischen Abstimmungsverhaltens sind in der Öffentlichkeit umstritten. Die reine Auszählung zeigt eine Unterstützung der Allianz durch die SD in einer Höhe von 80 Prozent aller Abstimmungen. Allerdings verweist die SD darauf, dass auch die Sozialdemokraten in bis zu 50 Prozent aller Abstimmungen mit der Allianz abgestimmt hätten, <http://www.svt.se/opinion/s-fortsatter-att-ljuga-om-hur-vi-i-sd-rostar> (Abruf am 26. Februar 2015).

9 Vgl. *Mats J Larsson*, Majorität r  stade emot skattes  nkning, in: DN vom 3. Oktober 2013.

10 Vgl. *Anna Kinberg Batra*, S r  star mindre med V och MP, men ger SD inflytande, PM Sveriges Riksdag vom 20. Dezember 2012.

11 Vgl. aus historischer Perspektive die Bilanzierung der Allianz-Regierungen bei *Philip Mehrrens*, Staatsschulden und Staatstätigkeit. Zur Transformation der politischen Ökonomie Schwedens, Frankfurt am Main / New York 2014, S. 189 – 249.

Tabelle 1: Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schweden 2014 und 2010

	Reichstagswahlen 2014		Reichstagswahlen 2010	
	Stimmen (%)	Sitze	Stimmen (%)	Sitze
SAP	31,0	113	30,7	112
MP	6,9	25	7,3	25
V	5,7	21	5,6	19
Linksblock (gesamt)	43,6	159	43,6	156
M	23,3	84	30,1	107
C	6,1	22	6,6	23
FP	5,4	19	7,1	24
KD	4,6	16	5,6	19
Allianz (gesamt)	39,4	141	49,4	173
SD	12,9	49	5,7	20
Übrige (gesamt)	4,0	–	1,3	–
davon FI	3,1	–	0,4	–
davon PP	0,4	–	0,7	–
Wahlbeteiligung	85,8		84,6	

Anmerkung: Die Gesamtzahl der Sitze im schwedischen Reichstag beträgt 349. Das rot-rot-grüne Lager: SAP = Socialdemokraterna (Sozialdemokratische Partei), MP = Miljöpartiet de gröna (Grüne), V = Vänsterpartiet (Linkspartei). Die bürgerliche Allianz: M = Nya Moderaterna (Konservative Partei), C = Centerpartiet (Zentrumspartei), FP = Folkpartiet Liberalerna (Liberalen Volkspartei). KD = Kristdemokraterna (Christdemokratische Partei). Keinem Block zugehörig: SD = Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten).

Die stärksten Parteien, die nicht den Einzug in den Reichstag erreichten: FI = Feministiskt initiativ (Feministische Initiative), PP = Piratpartiet (Piratenpartei).

Quelle: Valmyndigheten (Schwedische Wahlbehörde), Amtliches Endergebnis, <http://www.val.se/val/val2014/slutresultat/R/rike/index.html> (Abruf am 23. Februar 2015).

Schweden ein PISA-Schock traf – wurden in der Öffentlichkeit immer stärker kritisiert, da diese oft einhergingen mit deutlichen Leistungseinschränkungen.¹² Das schlechte Abschneiden der schwedischen Schüler in den PISA-Tests, die langwierigen politischen Auseinandersetzungen um die Frage, ab welchem Alter Zeugnisse ausgestellt werden sollen¹³ sowie die weitreichenden und gut sichtbaren Leistungskürzen in den Schulen führten dazu, dass die Schul- und Bildungspolitik von den Wählern als wichtigstes Thema eingestuft wurde.

Ein zweiter Effekt der bürgerlichen Regierungspolitik kann in der mangelnden Transparenz gesehen werden. Das Zusammenschweißen der vier bürgerlichen Parteien zu einer kohärenten Allianz dauerte viele Jahre, wurde von der Konservativen Partei – insbesondere von *Fredrik Reinfeldt* – mit viel Mühen bewerkstelligt und sollte auch durch die Regierungsverantwortung keinen Schaden nehmen. Insofern entwickelte sich hinter verschlossenen Türen innerhalb der Allianz ein ausgeklügeltes System bürgerlichen Interessenaus-

12 Vgl. *Mia Tottmar*, Röda siffror – då skär skolorna ned, in: DN vom 4. März 2014.

13 Vgl. Regeringen vill ha en konflikt om betygen, in: DN vom 24. März 2014.

Tabelle 2: Wählerwanderungen in Schweden 2010 – 2014

	Wahlentscheidung 2014								
Wahl 2010	V	SAP	MP	C	FP	KD	M	SD	FI
V	60	4	5	2	0	1	0	2	30
SAP	21	76	15	3	3	3	3	16	14
MP	12	4	58	3	2	1	1	2	33
C	0	1	4	46	6	7	3	2	2
FP	1	3	4	13	51	7	6	5	3
KD	0	1	3	4	4	55	3	3	0
M	2	8	10	26	33	26	84	29	5
SD	1	2	0	0	0	1	1	41	0
FI	1	0	1	0	0	0	0	0	10

Anmerkung: Zu den Parteienkürzeln vgl. Tabelle 1. Die Tabelle ist sinnvoll entlang der Spalten zu interpretieren. Die Zahlen geben an, welche Partei die Wähler 2014 wählten und welche Partei sie 2010 gewählt hatten.
 Quelle: <http://pejl.svt.se/val2014/valu-riksdag/valjarstrommar/#v2014> (Abruf am 23. Februar 2015).

gleichs und Konfliktverdeckens.¹⁴ Außerdem führte diese Politik zu einer verstärkten Abkehr von korporatistischen Verhandlungsformen und dazu, dass immer stärker demokratisch nicht legitimierte Eliten innerhalb eines inneren Machtzirkels die Entscheidungen herbeiführten.¹⁵

Vor diesem Hintergrund war der Wahlausgang nicht sonderlich überraschend (vgl. Tabelle 1). Die Allianz büßte zehn Prozentpunkte ein und verlor 32 Sitze, während der Linksblock seinen Stimmenanteil von 2010 halten konnte und drei Mandate hinzugewann.

Für die Schwedendemokraten glich das Ergebnis einem Erdrutschsieg: Sie konnten ihren Stimmenanteil von 2010 mehr als verdoppeln und sich von 20 auf 49 Sitze vergrößern. Wie aus den Wählerwanderungen abzulesen ist (vgl. Tabelle 2), profitierte die SD vor allem von Stimmen aus dem konservativen Lager – aber zu einem bedeutenden Anteil auch aus der Sozialdemokratie und dem klassischen Gewerkschaftsmilieu. Dies erklärt, warum die SD im Norden Schwedens – einer traditionellen Hochburg linker Parteien – ebenfalls auf beachtliche Ergebnisse von bis zu 13 Prozent (in Kiruna) kam.¹⁶

Trotz dieses Sieges der Rechtspopulisten ist das Vertrauen in die politischen Parteien in Schweden – entgegen einem internationalen Trend – in jüngster Vergangenheit eher noch gestiegen.¹⁷ Entsprechend stützte die Bevölkerung das repräsentative System mit einer hohen Wahlbeteiligung von 85,8 Prozent.

14 Vgl. *Hans Rosén / Karin Eriksson*, Här har alliansen gömt sina konflikter, in: DN vom 10. September 2014.

15 Vgl. *Stefan Svallfors*, Politics as Organized Combat. New Players and New Rules of the Game in Sweden, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 15/2, Köln 2015.

16 Vgl. SD ökar kraftigt i kommunerna, in: DN vom 15. September 2014.

17 Vgl. *Gissur Ó Erlingsson / Midale Persson*, Partidemokratin mår alldeles utmärkt i Sverige, in: DN vom 21. Mai 2014.

Insgesamt blieb das Abstimmungsverhalten weitgehend stabil. Allerdings kam es in allen sozialen Kategorien zu einem moderaten Linkstrend, und bei den jüngeren Alterskohorten konnten die Parteien des linken Lagers ihre jüngsten Verluste wieder etwas wettmachen. Für die Schwedendemokraten trifft zum einen immer noch zu, dass ihr typischer Wähler ein Mann mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen ist und aus einer ländlichen Region stammt.¹⁸ Wie Analysen aber auch ergeben haben, konnte die SD vor allem im Schlussspurt des Wahlkampfes ihren Rückhalt bei Frauen und in höheren Einkommensgruppen steigern. Die neuen Wähler der Schwedendemokraten seien zu einem großen Anteil ehemalige Rechts-Konservative.¹⁹

Das Wahlergebnis führte unmittelbar am Wahlabend zu folgenreichen Entscheidungen: Erstens trat *Fredrik Reinfeldt* umgehend vom Vorsitz der Konservativen Partei zurück. Damit schuf er ein Führungsvakuum, das allerdings überraschend schnell wieder gefüllt werden konnte, da sich die Partei rasch auf *Anna Kinberg Batra* als neue Parteivorsitzende einigen konnte. Sie bestimmte während der Regierungskrise die maßgeblichen Entscheidungen innerhalb der Allianz wie auch in den Verhandlungen mit der rot-grünen Koalition, noch ehe sie am 10. Januar 2015 auf einem außerordentlichen Parteitag offiziell zur neuen Vorsitzenden der Konservativen Partei gewählt wurde.

Zweitens stellte das Wahlergebnis die Sozialdemokraten vor eine schwere Regierungsbildung. So sehr ihr Vorsitzender *Stefan Löfven* immer wieder betont hatte, dass er eine Überwindung der Blockpolitik im Reichstag anstrebe: Es gelang den Sozialdemokraten nicht, die programmatische Kohärenz der Allianz aufzubrechen. Anfangs verhandelten sie noch mit Vertretern der Linkspartei, allerdings wurde der Gedanke, diese Partei an der Regierung zu beteiligen, rasch fallen gelassen²⁰, da ein solcher Schritt die Mitteparteien (FP und C) von möglichen Kooperationen abgeschreckt hätte.

2. Regierungsbildung und Regierungskrise – das Dezemberabkommen

Der Start der rot-grünen Regierung kann kaum als geglückt bezeichnet werden. Nach der Reichstagswahl konnten sich die Sozialdemokraten zwar rasch mit der Grünen Partei auf einen Koalitionsvertrag einigen; allerdings waren die Mehrheitsverhältnisse so unsicher, dass das Bündnis von Beginn an als instabil und als eine Regierung auf Abruf eingestuft wurde.

Am 2. Oktober 2014 wurde *Stefan Löfven* im Reichstag zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Einen Tag später stellte der neue Regierungschef sein rot-grünes Kabinett vor. Ihm gehören neben dem Ministerpräsidenten 23 Mitglieder an, von denen 17 Sozialdemokraten sind (vgl. Tabelle 3). Aufgrund der Verwaltungstradition Schwedens sind die Ressorts zum Teil auf mehrere Minister aufgeteilt. Die Grüne Partei hat vor allem im Umwelt- sowie im

18 Vgl. *Per Oleskog Tryggvason / Henrik Oscarsson*, Utvecklingen av partisympatier 2001-2013: Sverigedemokraterna, Rapport 2014: 06, Valforskningsprogrammet, Statsvetenskapliga institutionen Göteborgs Universitet.

19 Vgl. *Juan Flores*, Högermoderater är de nya Sverigedemokraterna, in: DN vom 18. November 2014.

20 Vgl. *Jens Kärman / Karin Eriksson / Mikael Delin*, Löfven stänger dörren för V, in: DN vom 15. September 2014.

Tabelle 3: Das rot-grüne Kabinett in Schweden 2014

Kanzlei des Ministerpräsidenten		
Ministerpräsident	<i>Stefan Löfven</i>	S
Ministerin für strategische Entwicklung, Zukunftsfragen und Nordische Kooperation	<i>Kristina Persson</i>	S
Finanzministerium		
Finanzministerin	<i>Magdalena Andersson</i>	S
Minister für Finanzmärkte und Verbraucherschutz (stellvertretender Finanzminister)	<i>Per Bolund</i>	MP
Minister für Öffentliche Verwaltung	<i>Ardalan Shekarabi</i>	S
Justizministerium		
Minister für Justiz und Migration	<i>Morgan Johansson</i>	S
Innenminister	<i>Anders Ygeman</i>	S
Außenministerium		
Außenministerin	<i>Margot Wallström</i>	S
Ministerin für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit	<i>Isabella Lövin</i>	MP
Wirtschaftsministerium		
Wirtschafts- und Innovationsminister	<i>Mikael Damberg</i>	S
Minister für Wohnen, Stadtentwicklung und IT	<i>Mehmet Kaplan</i>	MP
Infrastrukturministerin	<i>Anna Johansson</i>	S
Landwirtschaftsminister	<i>Sven-Erik Bucht</i>	S
Verteidigungsministerium		
Verteidigungsminister	<i>Peter Hultqvist</i>	S
Gesundheits- und Sozialministerium		
Sozialministerin	<i>Annika Strandhäll</i>	S
Minister für Gesundheit und Sport	<i>Gabriel Wikström</i>	S
Ministerin für Kinder, Ältere und Gleichstellung	<i>Åsa Regnier</i>	S
Umweltministerium		
Umweltministerin (stellvertretende Ministerpräsidentin)	<i>Åsa Romson</i>	MP
Energieminister	<i>Ibrahim Baylan</i>	S
Ministerium für Bildung und Forschung		
Bildungsminister	<i>Gustav Fridolin</i>	MP
Ministerin für Gymnasial- und Erwachsenenbildung	<i>Aida Hadzialic</i>	S
Ministerin für höhere Bildung und Forschung	<i>Helene Hellmark Knutsson</i>	S
Kulturministerium		
Ministerin für Kultur und Demokratie	<i>Alice Bah Kuhnke</i>	MP
Arbeitsmarktministerium		
Arbeitsmarktministerin	<i>Ylva Johansson</i>	S
Anmerkung: Parteikürzel vgl. Tabelle 1. Quelle: http://www.regeringen.se/sb/d/385 (Abruf am 23. Februar 2015).		

Bildungsministerium ihre Machtzentren; Verteidigung, Arbeit und Soziales sind in sozialdemokratischer Hand.

Der rot-grünen Regierung gelang es nicht, strategische Risse in den festen Parteienblock der Allianz zu treiben. So scheiterten erste Reformambitionen rasch an der geeinten Opposition von Allianz und Schwedendemokraten, zum Beispiel der Versuch, das große Umfahrungsprojekt in Stockholm zu stoppen: Mitte November setzte sich die Opposition mit einem Entscheid für den Weiterbau des Umfahrungsprojektes geschlossen gegen die Regierung durch. Und als die Grünen Ende November neu in eine Kommission zur Fortentwicklung des schwedischen Rentensystems aufgenommen werden sollten – diese wird traditionell von den verantwortlichen Parteien der großen Rentenreform der 1990er Jahre gebildet (S, M, C, FP, KD) –, verließen die Vertreter der bürgerlichen Parteien unter Protest die Kommission.

Eine solche Blockadesituation ist nicht nur auf die programmatische Geschlossenheit der Allianz-Parteien zurückzuführen, sondern auch die deutlichen Kurskorrekturen der rot-grünen Regierung in einzelnen Politikfeldern trugen dazu bei. So einigten sich die Regierungsparteien im Oktober 2014 auf einen Ausstieg aus beziehungsweise eine strikte Regulierung der Kernkraft in Schweden, was die liberale Volkspartei stets vehement abgelehnt hatte. Ferner verkündete die Regierung ebenfalls im Oktober die völkerrechtliche Anerkennung Palästinas durch die schwedische Regierung; auch dies stößt auf heftige Kritik der Mitteparteien. Letztlich einigte sich Rot-Grün mit der Linkspartei auf eine anvisierte Begrenzung der Profitrate in privatwirtschaftlichen Betrieben der wohlfahrtsstaatlichen Humandienstleistungen, was ebenfalls nicht von den Mitteparteien unterstützt wird²¹, allerdings von den Schwedendemokraten vorsichtig begrüßt wurde.²² Diese Beispiele zeigen, wie sehr das rot-grüne Bündnis von Beginn an zerrissen war zwischen einer Absicherung der parlamentarischen Unterstützung durch die Linkspartei und den Ambitionen, die Blocklogik des Parteienwettbewerbs zu durchbrechen.

Eine unumgängliche Hürde für schwedische Minderheitsregierungen ist die Verabschiedung des Haushalts. Dieser ist nach den Regeln des negativen Parlamentarismus angenommen, wenn keine Mehrheit an Gegenstimmen vorliegt. Einen Tag vor der Abstimmung, also am 2. Dezember 2014, kündigten die Schwedendemokraten an, geschlossen für den Vorschlag der oppositionellen Allianz und gegen den Haushalt der rot-grünen Regierung zu stimmen – eine Entscheidung, die noch nie im schwedischen Minderheitsparlamentarismus vorgekommen war; bislang hatten alle Oppositionsparteien im ersten Wahlgang für ihren eigenen Haushaltsentwurf votiert und sich im zweiten Wahlgang dann der Stimme enthalten, um so der Minderheitsregierung den parlamentarischen Weg frei zu machen. Faktisch musste die Regierung mit einem Haushalt der Opposition regieren und konnte erst mit dem Halbjahresbudget im Frühjahr 2015 erste eigene politische Marken setzen.²³

21 Vgl. *Jens Kärrman*, S, V och MP överens om vinst i välfärden, in: DN vom 6. Oktober 2014 sowie in der gleichen Ausgabe *Ewa Stenberg*, Vänsterpartiet är störst vinnare.

22 Vgl. *Mats J Larsson*, Åkesson positiv till skärpta vinstregler, in: DN vom 6. Oktober 2014.

23 In Schweden wird der Haushalt im Herbst verabschiedet, Mitte April besteht für die Regierung allerdings die Möglichkeit, Nachträge und Feinjustierungen im Haushalt zu verabschieden. Bereits im Januar 2015 kam es zwischen der Regierung und der neugewählten Vorsitzenden der Konservativen Partei, *Anna Kinberg Batra*, zu öffentlichen Auseinandersetzungen, in welchem Ausmaß Feinjustierungen im Frühjahrshaushalt möglich sein würden, vgl. *Math J Larsson*, Kinberg Batra varnar Löfven inför budgeten, in: DN vom 14. Januar 2015.

Nach dieser Niederlage hätte Rot-Grün den Auftrag zur Regierungsbildung an den Vorsitzenden des Reichstages zurückgeben können. Die Regierung entschied sich jedoch dafür, Neuwahlen anzuberaumen und der Wahlbevölkerung die Entscheidung zu ermöglichen. Nur knapp drei Monate nach der Reichstagswahl befand sich das Land in einer handfesten Regierungskrise. Bereits am 11. Dezember lockerte *Stefan Löfven* auf innerparteilichen Druck die Zusammenarbeit mit der Grünen Partei in dem sich anbahnenden Wahlkampf; jede Partei solle für sich in diesen Wahlkampf ziehen. Die bürgerliche Allianz stand hingegen unvermindert geschlossen hinter ihrem Wahlmanifest.²⁴

Am 26. Dezember 2014 trafen jedoch sechs Fraktionen des schwedischen Parlaments die so genannte Dezemberübereinkunft: Neben den regierenden Sozialdemokraten und der Grünen Partei unterzeichneten die vier Allianzparteien. Einzig die Rechtspopulisten und die Linkspartei waren an den geheimen Verhandlungen nicht beteiligt. Diese Dezemberübereinkunft soll es zukünftigen Minderheitsregierungen leichter machen, ihren Haushaltsentwurf im Parlament zu verabschieden. Das Abkommen enthält eine Selbstverpflichtung der Oppositionsparteien – welche dies im konkreten Fall auch sein mögen –, den Haushaltsentwurf der jeweiligen Regierung passieren zu lassen. Außerdem verpflichten sich die Parteien, nicht einzelne Aspekte des Haushalts herauszulösen und gesondert parlamentarisch abzustimmen – eine Reaktion auf den Bruch parlamentarischer Gepflogenheiten, der vor allem von den Sozialdemokraten in der vergangenen Wahlperiode zu verantworten war. Gleichzeitig werden in drei sensiblen Politikbereichen (Verteidigung und Sicherheit, Renten, Energie) block-übergreifende Absprachen angestrebt.²⁵

Die Verhandlungen zum Dezemberabkommen wurden von der Allianz durch einen Zeitungsbeitrag eröffnet, in dem sie der rot-grünen Regierung eine Zusammenarbeit bei der Neuformulierung parlamentarischer Spielregeln für Minderheitsregierungen anbot.²⁶ Auf Einladung der sozialdemokratischen Finanzministerin *Magdalena Andersson* kam es dann ab 18. Dezember zu geheimen Treffen zwischen der Koalitionsregierung und den Vertretern der bürgerlichen Allianz. Verbindendes Interesse war es, die anvisierte Neuwahl abzuwenden. Sozialdemokraten als auch die Grüne Partei konnten sich ihres Rückhalts in der Wählerschaft nicht sicher sein und befürchteten zudem eine weitere Stärkung der Schwedendemokraten. Innerhalb der bürgerlichen Allianz waren es vor allem die Christdemokraten, die befürchteten, bei einer Neuwahl an der Vier-Prozent-Hürde zu scheitern. *Göran Hägglund*, ihr Vorsitzender, war folgerichtig auf der bürgerlichen Seite eine der treibenden

24 Die Bevölkerung stand der Regierungskrise sehr negativ gegenüber. Nur zwei Prozent der Befragten unterstützten unmittelbar nach der Entscheidung für Neuwahlen die rot-grüne Minderheitsregierung, 26 Prozent plädierten für eine blockübergreifende Koalition unter der Führung von S, 14 Prozent für eine blockübergreifende Koalition geführt von M. Für eine Allianzregierung ohne parlamentarische Mehrheit plädierten 19 Prozent der Befragten, vgl. *Jens Kärrman*, *Väljarna ger regeringen ett bottenbetyg*, in: DN vom 5. Dezember 2014.

25 Der Text des Dezemberabkommens ist zum Beispiel abrufbar in schwedischer Sprache unter: <http://www.socialdemokraterna.se/upload/Decemberöverenskommelsen.pdf> (Abruf am 3. März 2015).

26 Vgl. *Hans Olsson / Mats J Larsson*, DN avslöjar: Spelet bakom decemberöverenskommelsen, in: DN vom 28. Dezember 2014; *Karin Eriksson*, Löfven: Alliansen ville ta över makten, in: ebenda. Siehe auch den ursprünglichen Debattenbeitrag der Parteivorsitzenden der bürgerlichen Allianz: *Anna Kinberg Batra / Annie Lööf / Jan Björklund / Göran Hägglund*, Med nya regler kan vi göra minoritetsregerande möjligt, in: DN vom 9. Dezember 2014.

Personen hinter der Dezemberübereinkunft. Die Verhandlungen wurden am 26. Dezember abgeschlossen und die Übereinkunft von Vertretern aller sechs Parteien am 27. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Abkommen sollte erstmals zum Frühjahrsbudget 2015 wirksam werden und soll bis ins Wahljahr 2022 Geltung haben.²⁷ Damit wurde die bereits anvisierte Neuwahl im Frühjahr 2015 wieder rückgängig gemacht.

Eine erste Bewährungsprobe war der Misstrauensantrag der Schwedendemokraten gegen Ministerpräsident *Löfven* und seine Regierung am 20. Januar 2015. Bereits im Vorfeld kündigten die Parteien der Allianz sowie die Linkspartei an, dass sie diesen Antrag nicht unterstützen wollten. In der Abstimmung votierten von den 49 Parlamentariern der SD lediglich 45 für den Misstrauensantrag, 133 Parlamentarier stimmten mit Nein, 155 Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Der neue Konsens zu den informellen Spielregeln des Minderheitsparlamentarismus hatte seine erste Bewährungsprobe bestanden.²⁸

Gleichzeitig versuchte die rot-grüne Regierung, neue Verhandlungsformen zu etablieren beziehungsweise alte Verhandlungsinstitutionen zu revitalisieren. So initiierte *Löfven* nur kurz nach dem Dezemberabkommen eine große Runde zu Integrationsfragen, in die nicht nur andere Parteien, sondern vor allem die Sozialpartner eingeladen werden sollten.²⁹ Obwohl nicht explizit im Abkommen aufgeführt, propagierten bereits am 5. Januar die drei rot-grünen Minister für Bildung und Forschung eine breite Übereinkunft mit den Allianz-Parteien in diesem Politikfeld.³⁰

Ebenso konnte eine bereits seit über vier Jahren tagende Kommission zur Reform des Sozialversicherungswesens im Frühjahr einen Schlussbericht vorlegen, bei dem es durchaus zu einem blockübergreifenden Konsens kam.³¹ Gerade in solch politisch heftig umstrittenen Bereichen wie der Ausgestaltung des Arbeitslosen- und Krankengeldes konnten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Kommission den rot-grünen Forderungen zum Teil anschließen. Allerdings distanzierte sich der Wirtschaftsflügel der Konservativen Partei in einer ersten Reaktion nach Bekanntgabe der einvernehmlichen Einigung explizit von dem gefunden Kompromiss.³²

3. Herausforderungen der schwedischen Verhandlungsdemokratie

Die Reichstagswahl von 2014 ermöglichte einen Regierungswechsel und bewirkte eine Regierungskrise im schwedischen Minderheitsparlamentarismus. Die These, dass die Konsenskultur Schwedens hiermit am Ende sei, erscheint verfrüht.³³ Die Blocklogik des Parteienwettbewerbs impliziert allerdings immer dann parlamentarisches Blockadepotenzial, wenn

27 Vgl. *Hans Olsson / Karin Eriksson*, 25 dagar som förändrade svensk politik, in: DN vom 2. Januar 2015.

28 Vgl. *Robert Holender*, SD röstar ensamt mot Löfven, in: DN online vom 20. Januar 2015.

29 Vgl. *Så vill Löfven samarbeta i integrationsfrågan*, in: DN vom 2. Januar 2015.

30 Vgl. *Gustav Fridolin / Helene Hellmark Knutsson / Aida Hadzialic*, Vi måste bli överens om grunderna för skolpolitiken, in: DN vom 5. Januar 2015.

31 Der Endbericht (SOU 2015:21) ist noch nicht publiziert, wird jedoch von allen Parteien außer der Linkspartei getragen, <http://www.psfu.se/sv/start> (Abruf am 5. März 2015).

32 Vgl. *Ewa Stenberg*, Löfven kann utnyttja den nya sprickan i Alliansen, in: DN vom 3. März 2015.

33 Vgl. *Konrad Fischer*, Schweden in der Krise. Die skandinavische Konsenskultur ist am Ende, in: Wirtschaftswoche vom 4. Dezember 2014.

die Schwedendemokraten sich als Zünglein an der Waage profilieren können. Die Bemühungen der Sozialdemokraten im Wahlkampf, die Blocklogik zu beenden, scheiterten bislang an der hohen Kohärenz innerhalb der bürgerlichen Allianz sowie an dem frühen Eifer der rot-grünen Regierung, politische Ziele umzusetzen, die auch die Interessen der Linkspartei berücksichtigten.

Inwiefern das Dezemberabkommen und die ersten politischen Übereinkünfte im Frühjahr 2015 eine blockübergreifende Reformpolitik auf Dauer ermöglichen, muss sich erst noch erweisen. Allerdings scheint im Spätsommer 2015 festzustehen, dass in der laufenden Wahlperiode Konflikte zwischen rot-grüner Minderheitskoalition und Allianz in wichtigen Politikfeldern vorprogrammiert sind. Inwiefern unter diesen Bedingungen Reformen verabschiedet werden können, die sich vom Status quo deutlich abheben, ist nach den Erfahrungen der vorigen Wahlperiode fraglich. Es bleibt also abzuwarten, ob in Schweden vorgezogene Neuwahlen eventuelle Blockaden aufbrechen werden, oder ob es der rot-grünen Koalition tatsächlich gelingt, nennenswerte Kompromisse mit allen oder einigen Parteien der Allianz auszuhandeln.

Aber auch wenn ein erneuter Regierungswechsel in naher Zukunft stattfinden sollte, lautet die Gretchenfrage der schwedischen Verhandlungsdemokratie auf absehbare Zeit, wie mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten im Parteienwettbewerb umgegangen werden soll. Die Erfahrungen aus Dänemark, Norwegen und Finnland mit den in jüngster Vergangenheit erstarkten rechtspopulistischen Parteien zeigen, dass nach einer gewissen Schamfrist vor allem die bürgerlichen Parteien ihre Kontaktscheu überwandern und solche Parteien als Mehrheitsbeschaffer akzeptierten (in Dänemark von 2001 bis 2011) beziehungsweise sie gar in die Regierungskoalition integrierten (wie gegenwärtig in Norwegen und Finnland).³⁴ Wie sich die Parteien im linken, aber vor allem auch im rechten politischen Lager in Schweden entscheiden werden, welchen Ausweg – aus welchen strategischen oder situativen Gründen – sie aus diesem verhandlungsdemokratischen Dilemma wählen, wird die Logik der schwedischen Verhandlungsdemokratie ohne Zweifel nachhaltig beeinflussen.

34 Vgl. *Sven Jochem*, Die politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden 2012, S. 101 – 106; *ders.*, Skandinavien, in: *Hans-Joachim Lauth* (Hrsg.), Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess, München 2014, S. 395 – 433; *Ann-Cathrine Jungar / Anders Ravik Jupskås*, Populist Radical Right Parties in the Nordic Region: A New and Distinct Party Family?, in: *Scandinavian Political Studies*, 37. Jg. (2014), H. 3, S. 215 – 238.